

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und  
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Pettizeile obereren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

## Generalangriff der Unternehmer gegen die Arbeiter im Baugewerbe.

Die Unternehmer sind von einer erfreulichen Gemütslosigkeit, die man den Arbeitern oft auch wünschen möchte. Da die Unternehmer alle einig sind, können sie ihre Ziele konsequent verfolgen, was den Arbeitern nicht immer möglich ist, weil sie die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in ihrer Mehrheit noch nicht begriffen haben. Die deutschen Krankenkassen haben einundzwanzig Millionen Mitglieder, die alle Arbeitnehmer sind, während die Gewerkschaften aller Richtungen nur sieben Millionen Mitglieder zählen. Einzelne Arbeiterschichten sind jedoch sehr gut organisiert, darunter vor allem die Arbeiter des Baugewerbes, aber auch die Holzarbeiter usw. Die Unternehmer versuchen nun, in erster Linie diese Schichten unterzukriegen, weil sie, nicht mit Unrecht, hoffen, dann mit der übrigen Arbeiterschaft leichteres Spiel zu haben. Daher laufen gegenwärtig durch die Presse die Nachrichten über eine Aussperrung der Holzarbeiter im ganzen Reiche, und gegenüber den Arbeitern im Baugewerbe greifen die Unternehmer zu dem Mittel der Stilllegung der Bauten. Alle diese Maßnahmen werden zu dem Zwecke ergriffen, die Arbeitsbedingungen der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu verschlechtern.

Für die Arbeiter im Baugewerbe sind die gerade gegen sie von den Unternehmern vorgebrachten Gründe von besonderer Wichtigkeit und von großem Interesse. Deshalb lassen wir dieselben aus den offiziellen Verlautbarungen der Unternehmer nachstehend auszugsweise folgen.

Aus dem Geschäftsbericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für 1923/1924:

Seite 163: „Der Frage des Facharbeiternachweises war im Berichtsjahr auch vom lohnpolitischen Gesichtspunkt aus besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im Vordergrund einer Diskussion, die wir heute noch mit den Gewerkschaften haben, steht der Facharbeiter im Baugewerbe. Ihm kommt um so größere Bedeutung zu, als der bei knappem Facharbeiterangebot erfahrungsgemäß nach oben treibende Bauarbeiterlohn auch den Bauarbeiterhilfslohn mit nach oben reißt, zumal die Bemühungen der Arbeitgeber auf Herbeiführung einer angemessenen Spanne zwischen dem Lohn des gelernten und ungelerten Mannes noch nicht zu einem abschließenden Erfolg führten. Hat erfahrungsgemäß schon der Facharbeiterlohn im Baugewerbe auf dem Wege über den Fabrikmaurer erheblichen Einfluß auf die Lohnentwicklung der Industrie, so trifft das bei dem Hilfsarbeiterlohn natürlich noch viel mehr zu. Wir hatten uns in unserer Zeitschrift über Lohnpolitik mit dieser Frage beschäftigt und dabei kurz darauf hingewiesen, daß nach dem von uns vorliegenden Material der Facharbeitermangel noch von den Gewerkschaften künstlich durch organisierte Abwanderung von Facharbeitern ins Ausland vergrößert wird.“

Seite 165: „Nur unter Ausnützung des bestehenden Facharbeitermangels war es nach Ansicht der dortigen (bayerischen und württembergischen) Bauarbeitgeber schon im April 1924 möglich, den Facharbeiterlohn der 1. Lohnklasse von 55 auf 73 % heraufzubringen. In Stuttgart stand man an der Spitze der deutschen Löhne. Diese Lohnfestsetzung führte unmittelbar zu einem Gesuch der Württembergischen Bauarbeitgeberverbände an das Württembergische Arbeitsministerium um Zulassung ausländischer Arbeiter zur Aufhebung des Facharbeitermangels. Das Stuttgarter Arbeitsamt hat in jedem Wochenbericht auf den bestehenden Facharbeitermangel hingewiesen. Die Gewerkschaften selbst hatten die Lohnforderungen stets mit dem bestehenden Facharbeitermangel begründet.“

Seite 166: „Wir haben keinen Anlaß, die Richtigkeit des uns von unserm Mitgliederverbande hier zur Verfügung gestellten Materials zu bestreiten. Nach diesem Material ist es nicht zweifelhaft, daß der Bauarbeiterverband die ihm gebotene taktische Waffe des Facharbeitermangels nicht unabsichtlich geschärft hat. Steht dies mit den Ansichten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht im Einklang, so würden wir dies im Interesse der Gesamtheit nur begrüßen können und würden weit davon entfernt sein, die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften für Mißgriffe ihrer unteren Stellen verantwortlich zu machen.“

Aus der Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Reichskanzler Dr. Luther vom 12. Mai 1925:

„Die Forderung nach Festpreisabschlüssen müssen wir besonders für das Baugewerbe erheben. Die Industrie als Produzent für die Bauwirtschaft wie als Bauauftraggeber und als Tarifvertragskontrahent für ihre eigenen Lohnsätze sieht in den festen Bauabschlüssen einen Angelpunkt für die Durchführung der zur Gesundung führenden Preis- und Lohnpolitik. Sie steht hier Schulter an Schulter mit dem Baugewerbe. Bekommt das Baugewerbe seinen Baustoff nicht zu Festpreisen und sieht es sich selbst, wie die Industrie, stets neuen Lohnerhöhungen während der Bauausführung gegenüber, so kann ihm eine Durchführung der Festpreispolitik nicht zugemutet werden. Der Mangel an Facharbeitern treibt gerade im Baugewerbe das Lohnniveau nach oben. Die Möglichkeit, namentlich bei Bauaufträgen aus der öffentlichen Hand, weitere Lohnerhöhungen im Baugewerbe mittels der Lohnklausel im Bauvertrag auf den Baupreis abzuwälzen, bringt einen Anreiz zu Lohnforderungen der Gewerkschaften und lähmt den Widerstand der Bauunternehmer. Die geringe Spanne zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen im Baugewerbe begünstigt das Ueberspringen von Lohnerhöhungen im Baugewerbe auf die Industrie. So sind die Bauarbeiter vielfach die Sturmtruppe der Gewerkschaften. Industrie und Baugewerbe, die gemeinsam gegen eine weitere Verteuerung der Bauwirtschaft arbeiten müssen, fordern deshalb gemeinsam die Erfüllung der für schnellste Rückkehr zu festen Bauverträgen im Lohnarif gegebenen Bedingungen.“

Nach diesen Grundsätzen sollte vor allem auch die öffentliche Hand als Auftraggeber namentlich in der Bauwirtschaft verfahren. Die Möglichkeit, ein Wohnungsbauprogramm durchzuführen, wird in demselben Maße verringert, wo ausgehend von Lohnerhöhungen das Bauen verteuert wird. Der Verschwendung öffentlicher Mittel durch Unterstützung der Preissteigerung infolge Steigens der Löhne sollte die Reichsregierung sowohl im öffentlichen Interesse wie im Interesse der an ausgedehnten Aufträgen und Bauprogrammen aus der öffentlichen Hand lebhaft interessierten Privatwirtschaft mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

Selten ist die Scheinheiligkeit aber auch die Unberschämtheit der deutschen Unternehmer klarer zutage getreten als in diesen „Argumenten“. Nachdem die Unternehmer in jahrelanger Propaganda sich hinter den Begriff „die Wirtschaft“ verkrochen haben, um so eine Institution im Interesse der Allgemeinheit vorzutäuschen, glauben sie nun die Zeit gekommen, die Früchte dieser Tätigkeit zu ernten. Jetzt soll „die Wirtschaft“ in Gefahr sein; dieser Marneus soll den deutschen Spießbürger erschrecken und gegen die Arbeiter scharf machen.

Wir leben in der kapitalistischen Wirtschaft. In diesem System ist der Profit das höchste Ziel. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle Mittel recht. Einschränkung der Produktion, Entlassung von Arbeitern zur Hochhaltung der Preise, Preismonopole der Kartelle und Konzerne usw. sind den Unternehmern vollkommen selbstverständliche Mittel. Ausnützung der Konjunktur gehört zum ABe des Kapitalismus. Die Patente dienen vornehmlich auch nicht dazu, die deutsche Arbeit zu schützen, sondern nur zu dem Zweck, dem Unternehmer einen Monopolpreis zu sichern, während der Erfinder in vielen Fällen leer ausgeht. Profit in jeder Gestalt ist das Glaubensbekenntnis des Kapitalismus.

Was für jeden Unternehmer eine Selbstverständlichkeit ist, das soll bei den Arbeitern ein Verbrechen sein. Höher geht die Heuchelei nimmer. Der Arbeiter darf kein hohes Einkommen haben; denn das ist das Privileg der Unternehmer und ihrer Skribenten. Der Arbeiter soll seine Arbeitskraft nicht nach ihrem Wert verkaufen dürfen, aber der Unternehmer darf die Preise beliebig hochhalten.

„Die Wirtschaft“, das ist der Unternehmerprofit; daran darf kein Arbeiter rühren. Auf das Unternehmen, auf die Rentabilität dürfen die Arbeiter keinen Einfluß haben, jedoch im Betrieb, in der Produktion „dürfen“ die Arbeiter sich zu langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen verpflichten, aber ohne das Recht auch nur auf Beschäftigung, darüber bestimmt der Unternehmer allein. Wenn die Arbeiter selbst für nichts und täglich 24 Stunden arbeiten wollten, dann „könnten“ sie das auch erst, wenn ihnen der Unternehmer „gestattet“, zu arbeiten. Ehe die Arbeiter nicht auf Produktion und Rentabilität einen ausschlaggebenden Einfluß haben, solange müssen die Arbeiter im Schatten des Kapitalismus leben. Das bedingt, daß für sie recht sein muß, was für den Unternehmer billig ist.

Auch dann sind die Möglichkeiten für den Arbeiter höchst beschränkt.

Die Unternehmer wollen auswärtige Bauarbeiter einführen, nicht im Interesse „der Wirtschaft“, sondern nur ihrem Profit zuliebe. Kein Bau wird auch nur eine Mark billiger, wenn durch auswärtigen Lohndruck die Arbeitsverhältnisse der deutschen Bauarbeiter verschlechtert werden. Dagegen können die Unternehmer mit den baugewerblichen Verbänden jederzeit vereinbaren, wie für den nötigen Nachwuchs gesorgt und die Verteilung der Arbeitskräfte vorgenommen werden kann. Natürlich nicht im Sinne eines Lohndruckes in der beabsichtigten Form. Der Wille zur Verbesserung seiner Lebenshaltung darf keinem Arbeiter bestritten werden. Bei keiner Schicht ist aus vielerlei Gründen auch mehr dafür gesorgt, daß die Räume nicht in den Himmel wachsen, als gerade bei den Arbeitern. Keine Schicht ist dagegen hemmungsloser als die Unternehmer.

Die Situation ist sehr klar. Der Spuk von „der Wirtschaft“, von der auch die Arbeiter abhängen, muß endlich ein Ende haben. Die Arbeiter hängen von den Unternehmern ab und müssen sich gegen deren Ausbeutungsgelüste wehren. Wenn den Unternehmern die Last des Profites zu schwer werden sollte, dann können sie ruhig abtreten, die Wirtschaft wird damit nicht verschwinden, denn sie ist mit den Menschen untrennbar verbunden; ja sie wird sich erst dann wirklich in dem jetzt nur von den Unternehmern vorgeschauten Sinne entfalten können. Der Arbeiter, der das nicht begreift, dem ist nicht zu helfen. Es muß ein Ende haben mit dem Gerede von Werksgemeinschaft, Betriebsgemeinschaft, sozialer Verbundenheit und von Volksgemeinschaft. Das alles ist nur Schwindel, ausgedacht für Dumme, die den Kapitalismus stützen und verewigen sollen. Unternehmerklasse und Arbeiterklasse stehen sich im Kampfe um die Wirtschaftsform gegenüber. Unter dem Kapitalismus gibt es für die Arbeiter keine scheinungsgemeinschaftlichen Argumente.

Die Antwort der Gewerkschaften im Baugewerbe auf die Angriffe der Unternehmer muß darin bestehen, daß mit allen Mitteln versucht wird, auch im kapitalistischen System die Lage der Arbeiter so günstig als möglich zu gestalten. Die Ausführungen der Unternehmer können für die Arbeiter keine Beweiskraft haben. Dagegen ist der Wille der Arbeiter im Baugewerbe, auf menschenwürdige Lebensbedingungen zu dringen, das beste und sicherste Mittel für die Durchführung einer rationellen Bauwirtschaft; denn wenn die Unternehmer die Menschen nicht beliebig ausbeuten können, dann müssen sie den Ausgleich durch Verbesserung der Technik schaffen, und daraus entsteht allein der Fortschritt. Diese Entwicklung dürfen die Arbeiter nicht durch Anerkennung der unwahren Behauptungen der Unternehmer behindern oder verzögern.

## Ueberschreitung des Reallohnes im Baugewerbe.

Publikationen der Unternehmer sind immer mit Vorsicht aufzunehmen. Sie verfolgen selten einen ganz laute- ren Zweck und sind meist geeignet, ihre Leser, sofern diese nicht die damit verbundene Absicht sofort erkennen, irrezuführen. So ist es auch mit einer vergleichenden Aufstellung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe über die Löhne der Vorkriegszeit und jetzt, die unter obiger Stichmarke die „Baumwelt“ wiedergibt. Die Uebersicht enthält aus 44 Städten die tägliche Vorkriegsarbeitszeit, den Vorkriegsstundenlohn, den Stundenlohn von Ende Mai 1925 sowie die demgegenüber eingetretene prozentuale Lohnerhöhung. Ein Blick in die Uebersicht, die wir weiter unten folgen lassen, zeigt allerdings, daß in einer Reihe von Städten gegenüber der Vorkriegszeit beachtliche Lohnerhöhungen eingetreten sind. Ein Beweis dafür, daß die Tätigkeit der baugewerblichen Arbeiterverbände nicht unfruchtbar gewesen ist. Die in der Uebersicht angegebenen Lohnerhöhungen erscheinen jedoch wesentlich größer als sie in Wirklichkeit sind. Um nämlich eine „Ueberschreitung des Reallohnes“ nachzuweisen, mußte man zu einer keineswegs einwandfreien Methode greifen, insofern, als nur die Stundenlöhne miteinander verglichen wurden, ohne Berücksichtigung der in der Vorkriegszeit längeren täglichen Arbeitszeit. Das letztere ist jedoch notwendig, wenn man den Reallohn der Vorkriegszeit feststellen will. Dann kommt man allerdings zu wesentlich andern Ergebnissen.

wie die letzte Spalte der Tabelle zeigt, die wir auf Grund dieser Berechnung angefügt haben.

Table with 6 columns: Ort, Vorkriegs-arbeitslos in tagelichen Stunden, Vorkriegs-fundlohn in Prozent, Lohn Ende Mai 1925 in Prozent, Erhöhung in Prozent, Fortschrittige Lohn-erhöhung. Lists cities like Berlin, Braunschweig, Bremen, etc.

Der Lebenshaltungsindex für das Reich stellte sich im Mai auf 135,5. Alle Lohnerhöhungen von rund 36 % bedeuten somit, so schlussfolgert die „Bauwelt“, eine „Ueberschreitung des Reallohnes“.

Die Konjunktur im Juni. — Krisenzeichen.

Nicht so hoffnungsvoll ist für den Wirtschaftsbeobachter die Aussicht in den nächsten Monaten. Nimmt man die bisherige Lage in ihrer Gesamtheit, dann konnte man mit Rück-sicht auf die internationale Krise nicht von der schlechtesten Konjunktur sprechen.

Table with 2 columns: Date, Value. Shows monthly figures from 1. Januar to 15. Mai.

Die Arbeitslosenziffer hätte nach der Statistik der Reichsarbeitsverwaltung um rund 50 % abgenommen. Doch muß hierbei beachtet werden, daß hier nur die Unterstützungsempfänger aufgeführt sind, die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit noch etwas höher ist.

Doch liegen auch jetzt noch einige Gewerbe ausgesprochen schlecht. So vor allem der Bergbau. Es scheint fast, als ob sich hier eine vollständige Umwälzung anbahnt.

gende Industrien und Gewerbegebiete: Stickstoffindustrie, Aluminiumherzeugung, Elektroindustrie, Papierfabrikation, das graphische Gewerbe und die Automobilindustrie.

Die Eisenindustrie, soweit sie der Erzeugergruppe zugezählt wird, will anscheinend mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die Rohstahlgemeinschaft hat für den Monat Juni die Einschränkungskote auf 20 % festgesetzt.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Konjunktur umzuschlagen beginnt. Da muß man mit Recht fragen: Wie vermag die Arbeiterschaft eine solche Krise zu vermindern?

Unsere statistischen Feststellungen vom 30. Mai 1925.

846 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 83 875 nachgewiesen, darunter 6561 Lehrlinge. Arbeitslos waren 1684 oder 2,01 % und krank 1985 oder 2,37 %.

Table with 6 columns: Provinzen und Staaten, Anzahl der an den Feststellungen beteiligten, Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind, Arbeitslos, Krank. Lists provinces like Ostpreußen, Brandenburg, etc.

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 25. April hat sich die Arbeitslosenziffer von 4,93 auf 2,01 % verringert, die Krankenziffer von 1,76 auf 2,37 % erhöht.

Das Ergebnis vom 25. April stellt sich, nachdem noch 37 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 905 Zahlstellen mit zusammen 88 836 Mitgliedern, darunter 6617 Lehrlinge, waren 4182 Mitglieder arbeitslos und 1479 krank.

Die Gewerkschaften kampfbereit.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat im Mai an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, „Arbeitsaristokratie, Wirtschaftskrisis und Währung“ betreffend.

Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wie folgt Stellung genommen:

„Die am 12. Mai von der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Denkschrift über Arbeitsaristokratie, Wirtschaftskrisis und Währung veranlaßt den Ausschuß des ADGB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik ernsthafte Ver-wahrung einzulegen.“

Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuerlegen.

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Ueber diese Tatsache kann der etwas höher liegende Lohn einiger weniger für die Gesamtwirtschaft der Zahl nach unbedeutender Gruppen von Facharbeitern nicht hinwegtäuschen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz heute nur 70 % des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 % über dem Vorkriegsstand liegen, ist unfruchtbar und beweislos.

Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich einseitigen Stellungnahme weiter Unternehmerkreise, die nach wie vor krampfhaft bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die kalkulatorisch ungesunden Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrecht-zuerhalten.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Arbeitgeber sind, wie die Denkschrift und die überal in Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des ADGB seine warnende Stimme.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohn-erhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Verabredung des Lebenshaltungsstandards des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt.

# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

### Beitragsleistung.

In der Woche vom 14. bis 20. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

### Erwerbslosenunterstützung.

Die Unterstützungsätze stellen sich von der 12. Beitragsklasse an wie folgt:

Beitragsklasse	Stundenlohn	Beiträge		Unterstützung	
		für die Zentralkasse	für die Lokalkasse (Mindestsatz)	nach 60 Beiträgen, wovon 28 neuer Art	nach 150 Beiträgen, wovon 50 neuer Art
12	86—90	90	35	75	105
13	91—95	95	40	80	115
14	96—100	100	40	80	120
15	101—105	105	45	85	125
16	106—110	110	45	90	130
17	111—115	115	50	95	140
18	116—120	120	50	100	145
19	121—125	125	55	105	150

Für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung kam für die Monate April und Mai nur die erste Staffel (siehe Satzungen § 14 und Vorstandsbekanntmachung im „Zimmerer“ Nr. 12 und Anweisung in Nr. 14) für alle Mitglieder in Frage. Im Monat Juni können Mitglieder, die bereits 50 Marken neuer Art geklebt haben, die Unterstützung in der zweiten Staffel beziehen. Quittungen über ausgezahlte höhere Unterstützung oder die nicht ordnungsgemäß ausgefüllt sind, werden nicht anerkannt und ohne jegliche Mitteilung zurückgeschickt.

Die Einreichung der Quittungen muß unter allen Umständen pünktlich erfolgen, damit die Beiträge rechtzeitig an der Zentralkasse verrechnet werden können. Die Quittungen sind einzulegen für die Zeit vom 1. bis 27. Juni (Quartalschluß). Die Quittungen müssen jeweilig in einem vorgedruckten Umschlagstreifen, der korrekt auszufüllen ist, sofort, spätestens aber immer bis zum 15. des nächstfolgenden Monats bei der Zentralkasse eingegangen sein. Quittungen ohne Umschlagstreifen müssen zurückgeschickt werden, da letztere der Zentralkasse als Kontrollbelege dienen.

In der Bekanntmachung in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ war am Kopfe der Tabelle die Anzahl der Marken neuer Art versehentlich mit 26 anstatt mit 28 angegeben.

### Kassengeschäftliches.

#### Quittung der Hauptkasse.

Quittungen über ausgezahlte Erwerbslosenunterstützung gingen im Monat Mai in folgenden Beträgen ein (A = Arbeitslosenunterstützung, K = Krankenunterstützung): Aus Malen i. Würt. K 42,90 A 8,40, A 12, Altenburg K 15,95, Altländersberg A 4,55, Angerburg A 9, Anklam K 11,50, Annaberg-Buchholz A 14,40, Augsburg K 51,60, Bad Doberan A 3,90, B 9,10, Barbis A 11,55, Barmen-Elberfeld K 21, Wasbed-Ofen K 11,40, Bahreuth A 35,10, Belgern A 5,40, B 30,15, Berlin A 302,70, B 522, Bernburg A 23,10, Bitterfeld K 8,10, Bochum A 31,20, Bonn A 11,70, B 14,30, Borna A 13,45, Braunschweig A 4,80, B 41,20, Bremen K 189,20, Bremerbörde A 12, B 20,40, Breslau A 121,20, B 261, Bries A 54, K 12, Brunsbüttel A 28,80, Buer K 7,80, Burgstädt A 27,95, Camburg A 5, Cantic A 14,40, Chemnitz K 84,85, Coblenz A 7,80, Coburg K 1,65, Coswig A 14,40, Dahlen A 13,50, K 4,50, Danzig A 800,20, Darmstadt A 32,40, K 5,40, Delmenhorst K 42,75, Deutsch-Lissa A 7,80, B 20,40, Diepholz A 13,20, Domschau A 2,70, Dortmund A 107,90, Dresden A 38,10, B 23,70, Edernförde K 18,15, Eilenburg K 10,20, Eisenach K 16,20, Elbing A 30,30, B 24, Evershausen A 7,20, Erfurt A 14,30, B 6,50, Essen A 35,35, Flensburg K 16,30, Frankfurt A 11, Freiberg i. S. A 7,65, Freiburg i. Schl. A 30,15, Friedland i. M. K 9, Fürstentum A 23,10, K 16,65, Gardelegen K 10,80, Garz a. N. K 3, Gelsenkirchen K 46,50, Genthin A 4, K 3,90, Gera K 36,30, Gleiwitz A 74,20, Goldap K 6, Göttingen K 54,60, Görlich A 12,60, K 31,20, Greifswald K 3, Greiz K 23,10, Grebesmühlen A 8, Großsch-Regau A 1,85, B 19,15, Großbreitenbach A 3, Gr.-Zimmern K 67,20, Güstrow A 16,25, Güstrow A 17,60, Halle A 15,15, K 58,40, Hamburg A 276,80, K 320,25, Hannover K 137,90, Hann.-Minden K 6, Hattingen K 12, Heilbronn K 58,80, Hildesheim K 52, Hirschberg i. Schl. K 9, Jena K 10,80, Jeknitz A 8,10, Jöhche K 18,40, Jüterbog K 11,40, Kamenz A 6, K 14,50, Karlsruhe K 46,80, Kehl A 21,60, Kellinghusen A 64,90, Kiel A 62,30, K 72, Klöße K 2,25, Köln A 28, K 112, Königsberg i. Pr. A 207,45, K 30, Königsmusterhausen K 16,50, Krappitz A 16,80, Landsbut i. Bay. K 25,90, Langenbielau A 10,80, Langendöls K 9, Lauenburg a. d. E. A 28,95, Launing A 5,40, Leer A 27,30, Leipzig A 45,45, K 383,25, Lichtenfels K 6, Liegnitz K 72,10, Lindow A 4,20, Löbnitz A 3,30, K 3,30, Löwenberg K 2, Lüneburg A 6,70, K 10,50, Lützenburg K 13,50, Magdeburg K 31,20, Mannheim-Ludwigshafen K 92,80, Marienburg A 9, Meiningen A 12, Meuselwitz A 22, K 9, Mittlitz A 13,80, München K 191,85, Neugersdorf A 18,15, Neumünster A 10,80, K 22,10, Neuß K 10,50, Neustadt a. d. Orla K 26,80, Norden A 11,70, Nordenham K 54,60, Nürnberg K 123,65, Oberrigt A 4,55, Oberberg K 8,70, Orlau A 31,80, K 12, Oppeln A 19,20, K 8,80, Oranienburg K 2,40, Oschatz A 3,60, Palmnicken K 8,80, Pasewalk K 4,50, Peine A 3,30, Peisterwitz A 54,95, Pfaffenhofen K 7,80, Pinneberg A 4,80, Plauen i. V. K 8,40, Piritz K 12, Querfurt A 6, Radolfszell K 3,60, Regensburg A 35,50, K 23,40, Reichenbach i. Schl. A 13,50, Reichenbach i. B. K 24,90, Rendsburg A 129,70, K 25,80, Riesa A 59,95, Roslau A 3,20, Rostock A 28,60, K 8,45, Sagan A 18,30, K 4,20, Salzfleth K 8,40, Sand A 7,20, Senftenberg A 9, K 9,90, Spremberg K 7,20, Sprottau A 14,10, Sülze A 4, K 2,50, Schildau K 9, Schneberdingen K 4,05, Schönlanke K 6,40, Schwaa A 41,20, Stargard i. M. K 6, Stargard in Pommern A 10,80 K 3,60, Starnberg i. Bay. K 23,40,

Stauffurt K 19,80, Stavenhagen K 6, Stettin A 70,65, K 137,85, Stollberg K 3,60, Stralsund K 6, Straubing A 7,20, K 14,40, Strahlen K 14,85, Stuhm A 9,60, Stuttgart K 139,80, Tambach A 90,60, Teterow A 3,25, Tilsit A 13,20, Torgau K 16,50, Traunstein K 12, Trebnitz A 74,10, K 26,45, Tübingen K 39,60, Ulm K 36, Waldenburg i. Schl. A 262,50, K 83,60, Waren A 3,30, K 6,60, Weida K 7,20, Weichenburg A 17,15, Weisenfels A 14,40, K 7,20, Werbau A 4,20, K 22,80, Wernigerode A 29,50, K 19, Wefermünde A 312,50, K 68,60, Wiesbaden A 22,05, K 21,30, Wiesdorf A 1,40, K 27,40, Wilhelmshaven K 9,60, Witten K 12,45, Wittenberg (Bez. Halle) K 21,60, Wittenberge K 7,70, Worms K 4,50, Würzen A 12,50, K 3,30, Zittau K 27, B 30, B 12,10, Zwickau A 55,60.

Arbeitslosenunterstützung wurde im April nach den im Monat Mai eingegangenen Quittungen ausgezahlt für 7107 Tage = 4331,75 M.

Krankenunterstützung wurde im April nach den im Monat Mai eingegangenen Quittungen ausgezahlt für 8363 Tage = 5233,25 M.

Adolf Römer, Kassierer.

## Bekanntmachungen der Gauvorfände.

### Gau 8 (Provinz Sachsen und Anhalt).

Am 26. April tagte eine Gaukonferenz in Magdeburg. Vertreten waren von 61 Zahlstellen 36 durch 40 Delegierte, außerdem waren Kamerad Friedrich vom Hauptvorstand, Kamerad Schmidt, Schönebeck, vom Verbandsauschuß und der gesamte Gauvorstand anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl der Mandatsprüfungskommission; 2. Tarif- und Lohnpolitik im Bezirk; 3. Inhere Agitation; 4. Verbandsangelegenheiten. Zur Prüfungskommission wurden die Kameraden Noack, Kühne und Steube gewählt. Zum zweiten Punkt gab Kamerad Lauben einen Bericht über die Lohnkämpfe des verfloffenen Jahres. Ueber Agitation sprach Kamerad Friedrich. Er schilderte die Entwicklung des Verbandes von der Gründung bis jetzt. Der Zimmererverband wurde 1883 gegründet mit 8200 Mitgliedern und hatte 1914 einen Mitgliederbestand von 65 000. 1922 betrug der Mitgliederbestand 109 000; er ging aber durch die Inflation in den folgenden Jahren um 19% zurück. In anderen Verbänden war der Verlust viel größer, außerdem ist das Organisationsvermögen aller Verbände auf ein Nichts zusammengeschmolzen. Im Jahre 1924 betrug der Mitgliederbestand 80 000, davon waren im Streik 20 570 Mitglieder, ausgesperrt waren 12 725 Mitglieder. An Streikunterstützung wurden 641 185 M ausgezahlt. Um nun den Mitgliederbestand zu heben, soll überall eine rege Agitation entfaltet werden; die mit dem 1. April in Kraft tretende Erwerbslosenunterstützung soll zur Hebung des Mitgliederbestandes beitragen; auch alle Lehrlinge müssen herangezogen werden. In der folgenden Diskussion sprachen sich alle Anwesenden dahin aus, ihre ganze Kraft für die Agitation einzusetzen, um in unserem Gau wieder in die Höhe zu kommen. Nach lebhafter Debatte wurde die gut verlaufene Gaukonferenz geschlossen.

### Unsere Lohnbewegungen.

**Gestreift wird in Freiburg i. B., Grebesmühlen, Güstrow, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Neustrelitz, Pforzheim, Radolfszell, Rostock, Schwerin i. M., Singen, Wernemünde, Weisenfels, Wismar i. M. und Zeitz.**

**Gesperrt ist in Gerthe bei Bochum die Firma D. Eigen, Bauabteilung Eiswerke, in Colbitz die Steingutfabrik, in Danzig die Messfabriken, in Düsseldorf Baustelle Hölzel, Deutsche Hallenbau A.-G., in Frankfurt a. M. die Baustelle Kaiserbrücke, in Iserlohn die Firma Etkner, Kaminkühlerbau-Gesellschaft, in Mainz Baustelle Opelwerk der Firma Brandt in Nüsselsheim und in Wipfen an der Aller die Deutsche Erdöl-Aktien-gesellschaft.**

### Zuzug ist fernzuhalten von Rheinland-Westfalen.

**Ende des Streiks in Aschersleben.** Am 23. April haben unsere Kameraden die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer sich weigerten, den Lohn nach der nächsthöheren Lohnklasse zu zahlen. Am 26. Mai ist folgende Vereinbarung zustande gekommen: „Die Zimmermeister von Aschersleben stellen sämtliche Zimmerleute vom Mittwoch, 27. Mai, an wieder ein, soweit es technisch möglich ist. Maßregelungen finden nicht statt. Der Lohn bleibt, wie durch Tarif vom 12. März 1925 festgelegt, bestehen; jedoch zahlen die Zimmermeister jedem Gesellen, der seine Papiere noch nicht abgeholt hat, eine einmalige Abfindungssumme von 15 M, jedoch in 3 aufeinanderfolgenden Raten. Die Arbeitgeber von Aschersleben verpflichten sich, vom 9. Juli 1925 an den Lohn der Ortsklasse zu zahlen, die unmittelbar hinter Ortsklasse Halberstadt rangiert. Die fraglichen Lehrlinge werden wieder eingestellt, nachdem sie sich mit ihren Eltern bei ihrem Lehrherrn ausgesprochen haben. Alle sonstigen Regelungen sind in der in jedem Betrieb auszuhängenden Arbeitsordnung zu erfsehen.“

**Erfolgreicher Streit in Guhran.** Ueber die Ursache zur Einstellung der Arbeit ist in der vorigen Nummer des „Zimmerer“, berichtet worden. Die Unternehmer, die bisher nicht organisiert, sondern gewöhnt waren, mit ihren Leuten alles selbst zu regeln, suchten, nachdem die Arbeit eingestellt war, Anschluß an die niederschlesische Unternehmervereinigung, deren Leitung nunmehr eingriff. Bei den Verhandlungen boten die Unternehmer 65 S die Stunde. Das Angebot lehnten unsere Kameraden ab. Am 8. Juni kam dann eine Vereinbarung auf 68 S Stundenlohn zustande. Die Aufnahme der Arbeit ist erfolgt.

**Sperre in Neuötznitz bei Chemnitz.** Auf dem Augustschacht in Neuötznitz führt die Betonfirma Bettelein umfangreiche Bauarbeiten aus. Dort soll, angeblich auf Verlangen der Vergewerkschaft, mit genannter Firma ein Vertrag abgeschlossen sein, der bezweckt, gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe anzutreten. Auch die

Bauarbeiter sollen für einen Hungerlohn arbeiten, genau wie die Bergproleten. Obwohl die Firma scharf darüber wachte, daß eine Betriebsvertretung nicht zustande kam, gelang es dem Zimmererverband, eine solche zu schaffen. Allein schon mit der Bekanntgabe wurde der Delegierte sofort entlassen. Auf dem Aflagewege mußte der Firma beigebracht werden, daß der von dem Vertreter des Zimmererverbandes ernannte Delegierte wieder eingestellt werden oder sein Lohn so lange gezahlt werden müsse, bis die Bauarbeiten zu Ende sind — etwa 2 Jahre. Der Vertreter der Firma Bettelein will aber solche „Betriebsstänker“ (die auf Ordnung sehen) nicht im Betrieb haben. Deswegen erklärte er, lieber werde der Bau eingestellt, bevor der Delegierte wieder in den Betrieb komme. Durch das Anwaschen der Belegschaft wurden vier Mann als Betriebsvertretung gewählt und von den Zimmerern beschloßen, nicht mehr 9 Stunden, sondern so zu arbeiten, wie es der für verbindlich erklärte Tarifvertrag vorsieht. Am 12. Juni wurde das der Firma mitgeteilt und durchgeführt. Am selben Tage ließ sie den Bau einstellen. Als Gründe wurden angeführt: 1. Weil der erste Delegierte nicht mehr eingestellt werden soll, 2. weil die Belegschaft nur tarifmäßig arbeiten will und 3. entdeckte man, daß es mit diesen beiden Gründen schief gehen könnte, deswegen gab man als Hauptgrund an, es fehle an Eisen. Die Firma leiht sich hier in der Tat ein starkes Stück. Die Staatsanwaltschaft sollte eingreifen, aber sie findet keinen Paragrafen und muß erst einen aushecken, was mindestens bis zur nächsten Revolution dauern wird. So werden über 100 Arbeiter gewaltsam und brutal an der Arbeit gehindert. Wo bleibt die Polizei? Hier könnte sie sich verdient machen. Die Arbeitsstelle ist für Zimmerer gesperrt!

**Zur Lohnbewegung in Baden.** Die Organisationen der Arbeiter des Baugewerbes in Baden sind bestrebt, durch den Abschluß eines Tarifvertrages Ordnung im Baugewerbe zu schaffen. Gefordert werden alle die sozialen Bestimmungen, wie sie im Reichstarifvertrage niedergelegt waren. Wie diese Forderungen auf die Unternehmer wirkten, zeigt am besten ein Rundschreiben des Unternehmerverbandes Mannheim-Ludwigshafen an seine Mitglieder; es heißt darin: „In dem Entwurf über den Abschluß eines Bezirkstarifvertrages sind alle diejenigen Forderungen, wie Ferien, Bezahlung der Krankheits- und Regentage, Regelung der Arbeitszeit, Aufnahme der Poliere und Schachtmeister in den Bauarbeitertarif und dergleichen mehr enthalten, an dem der Abschluß eines Reichstarifvertrages geknüpft ist. Im Tarifgebiet Unterbaden werden an Stelle der 6 Ortsklassen nur 3 Ortsklassen gefordert usw. Die Forderungen, zu denen die Tarifkommission und die Verbände erst noch Stellung nehmen müssen, sind derart weitgehend und überspannt, daß wir heute schon die größten Bedenken hegen, ob eine Einigung, ohne daß Schwierigkeiten eintreten, erzielt werden kann. Wir empfehlen deshalb unsern Mitgliedern auch heute noch, soweit noch nicht geschehen, sofort eine Berufigung zu den von uns erzielten günstigen Bedingungen beim deutschen Streikschuß e. V. Berlin abzuschließen.“

Am 8. Juni fanden zunächst für Mittel- und Oberbaden Verhandlungen statt. Sie sind gescheitert, da die Unternehmer eine Regelung der Lehrlingslöhne und der Ferien ablehnten. Es ist darauf in Karlsruhe, Freiburg, Lörrach und Pforzheim zur Arbeitseinstellung gekommen.

**Regelung des Lohnes in der Rheinpfalz.** Die Festsetzung der Löhne war mit großen Schwierigkeiten verbunden; erst nachdem in einigen Orten die Arbeit eingestellt war, kam es durch Vermittlung des Bürgermeisters von Kaiserslautern zur Verhandlung und zur Vereinbarung. Bezüglich des Lohnes ist bestimmt worden, daß der Lohn eines Facharbeiters in der Zeit vom 1. Juni bis 15. Juli 104 S, und vom 16. Juli bis 31. August 1925 110 S die Stunde betragen soll.

**Lohnverhandlungen und gescheiterte Tarifverhandlungen in Mecklenburg.** Am 4. Juni wurde beim Bezirkslohnamt über die Neuregelung der Löhne verhandelt. Die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab. Der Vorsitzende des Lohnamtes entschied darauf, daß die bisherigen Stundenlöhne bis zum 30. Juli 1925 bestehen bleiben. Die Arbeiter haben diese Entscheidung sofort abgelehnt. Am 9. Juni fanden Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages statt. War schon am 4. Juni eine Verständigung über den Lohn nicht möglich, so erst recht nicht über den Inhalt eines Tarifes. Auch diese Verhandlungen wurden durch die Unternehmer zum Scheitern gebracht. In einigen Zahlstellen Mecklenburgs ist es zur Arbeitseinstellung gekommen.

### Baugewerbliches.

**Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.** (Nach dem Monatsbericht vom 6. Juni im „Reichsarbeitsblatt“.) Unter dem Einfluß der überaus günstigen Witterung gestaltete sich die Bautätigkeit im Mai lebhafter als im Vormonat. Allerdings wurde die Arbeit noch immer gehemmt, sowohl durch den Kapitalmangel wie durch Teiltreits (so zum Beispiel in Pommern, Lübeck, Westfalen). Eine Steigerung der Bautätigkeit gegenüber dem Vormonat war jedoch im ganzen unverkennbar. Kennzeichnend ist, daß die Zahl der Arbeit suchenden Bauarbeiter nach der Stichtagszählung der wichtigeren Arbeitsnachweise von 21 000 auf 7900 zurückging, während die Zahl der offenen Stellen von 4260 auf 7340 stieg. In einigen Bezirken machte sich nach den Meldungen der Landesarbeitsämter der Mangel an Fachkräften, besonders an Malern und Maurern so fühlbar, daß ausläändische Handwerker herangezogen wurden. Der starke Bedarf wird nach den Berichten der Landesarbeitsämter mehr auf zahlreiche Reparaturen und Umbauten als auf Neubautätigkeit zurückgeführt. Nach wie vor ist der Baumarkt in der Hauptsache abhängig von den Hypothekendarlehen aus der Hauszinssteuer. Eine gewisse Erleichterung in der Finanzierung der Bauten ist dadurch eingetreten, daß seitens der Wohnungsfürsorgegesellschaft, die eine Arbeitsgemeinschaft mit der Reichsversicherungsanstalt und mit Pfandbriefbanken geschlossen hat, kostenlos restliche Hypotheken an erster Stelle zu 8% bei 98% Auszahlung, also 9%, vermittelt werden. Durch den noch immer als zu hoch zu be-

zeichnenden Jinsfab verteuern sich jedoch die Mieten der so hergestellten Wohnungen noch in solchem Maße, daß sie die Mittel der meisten Wohnungsuchenden wesentlich übersteigen.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Ausperrung in der Holzindustrie.** Nach einem Beschluß des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie sollte am 13. Juni die allgemeine Ausperrung aller Arbeiter der Holzindustrie erfolgen. Ob und in welchem Umfange sie durchgeführt worden ist, läßt sich zur Zeit, wo diese Zeilen in Druck gehen, noch nicht übersehen. Ein Anlaß zur Ausperrung liegt nicht vor, der Arbeitgeberverband hat ihn sich erst geschaffen dadurch, daß er zentrale Verhandlungen über eine Reihe bezirklicher Lohnabkommen zum Scheitern brachte. Es besteht kein Zweifel, daß es sich um einen planmäßigen Vorstoß gegen die Arbeiter handelt, der nicht nur dem Arbeitgeberverband der Holzindustrie geführt, sondern von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände unterstützt wird. Fraglich ist nur, wie weit die Macht und der Einfluß des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie reicht. Der deutsche Holzarbeiterverband ist gerüstet.

**Vierzig Jahre gewerkschaftlicher Organisation der Bäcker und Konditoren.** Am 5. Juni waren vierzig Jahre verflossen, seit in Berlin die Gründung des Bäckerverbandes erfolgte. Der Verband fand reiche Arbeit vor; denn die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände im Gewerbe schienen geradezu nach Abhilfe. August Bebel hat in seinem Buch „Zur Lage der Arbeiter in den Vädereien“ in diese Mißstände hineingeleuchtet. Nach zehn Jahren fleißiger Verbandsarbeit sah sich die Regierung zu einer Verordnung gezwungen, nach der die tägliche Arbeitszeit „nur zwölf Stunden“ betragen durfte. 1907 vereinigte sich der Verband der Konditoren mit dem Bäckerverband. Bis 1912 stieg die Mitgliederzahl auf 30 000. Diese Aufwärtsentwicklung wurde durch den Krieg gestört; aber die Nachkriegszeit ließ den Mitgliederbestand schnell auf 90 000 anschwellen. Eine wesentliche Errungenschaft der Organisation ist das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit. Das Organ des Verbandes, der sich jetzt Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband nennt, „Einigkeit“, erscheint anlässlich des Jubiläums im schmucken Festgewande. Wir wünschen dem Verbands auch ferner ein gutes Gedeihen; möge er den alten neue, noch größere Erfolge hinzufügen und damit seinen Mitgliedern den Weg bereiten zu einer höheren und schöneren Kultur.

**Arbeiterentlohnung und Beamtenbefoldung.** Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat der Reichsregierung Mitte Mai eine Denkschrift überreicht, in der, wie schon so oft, wieder einmal die bekannten Forderungen auf Herabsetzung der Löhne, auf Verringerung der Arbeitszeit, auf Abbau der Sozialpolitik und dergleichen erhoben werden. Zu gleicher Zeit gab das Reichsfinanzministerium eine Denkschrift zur Befoldungsfrage der Beamten heraus, die, wie die „Allgemeine Deutsche Beamtenszeitung“, das Organ des ADV, berichtet, dieselben Beweisführungen in bezug auf Ablehnung der Gehaltsforderungen der Beamtenschaft enthält, wie sie dem Arbeiter gegenüber in der Arbeitgeberdenkschrift vorhanden sind. Immer wieder dasselbe Lied. Die Wirtschaft ist gefährdet, die Kapitalbildung muß gefördert werden, Einschränkung des Konsums, Herabdrückung der Generalumkosten durch niedrige Löhne und verlängerte Arbeitszeit. Die Arbeiter sollen sich mit ihren Hungerlöhnen abfinden, um den Kapitalisten die Kapitalneubildung zu ermöglichen. Die Beamten sollen auf eine Erhöhung ihrer Bezüge verzichten, weil den Unternehmern das Leben in steuerlicher Hinsicht erleichtert werden soll und weil, wie die Befoldungsdenkschrift bezeichnenderweise anführt, gerade die Erhöhung der Reichsverwaltungsbudgets und Betriebsarbeiterlöhne und der Beamteneinkünfte den Anreiz zu Lohnbewegungen auf breiterster Fläche bietet. So werden also Arbeiterentlohnung und Beamtenbefoldung aufeinander abgestimmt; so arbeiten Arbeitgeberverbände und Reichsfinanzministerium Hand in Hand. Ein nettes Bild fürwahr! Die Arbeitgeberverbände suggerieren dem Reichsfinanzministerium ihre unter Profitgeichtspunkten stehenden Wirtschaftsauffassungen, um eine Gehaltserhöhung für die Beamten zu verhindern. Das Reichsfinanzministerium wiederum bewahrt die Unternehmer durch Ablehnung der Gehaltsforderungen der Beamten vor Lohnserhöhungen. Ein besserer Beweis für die kapitalistische Einstellung der Regierung Luther-Schlieben kann wahrhaftig nicht erbracht werden. Die Arbeiter, Angeestellten und Beamten aber mögen aus dem Zusammenarbeiten der Arbeitgeberverbände und der Regierung erkennen, wie eng ihre Lohn- und Gehaltsfragen zusammenhängen und wie notwendig es ist, in gemeinsamem Wirken miteinander zu stehen und zu kämpfen.

**(308.) Die Beendigung des Großkampfes in Dänemark.** Nach beinahe dreimonatiger Dauer ist der Kampf der dänischen Arbeiter erfolgreich beendet. Bekanntlich drehte sich dieser Kampf um reine Lohnfragen. Die Gewerkschaften forderten die Beibehaltung des bisherigen Systems der Lohnregulierung nach dem Preisindex, das einer allgemeinen Lohnserhöhung um 3 % gleichkam, und weiter Berücksichtigung einiger besonders niedrig entlohneter Gruppen von ungelerten Arbeitern. Während die Arbeitgeber in den meisten Berufen und Industrien nach langwierigen Verhandlungen eine solche Lohnserhöhung bewilligten, forderte der Arbeitgeberverein erst eine zehnprozentige Lohnherabsetzung. Diese Forderung wurde später fallen gelassen; aber die Metallindustriellen verweigerten jede Lohnserhöhung. Auch die Forderung der ungelerten Arbeiter lehnte der Arbeitgeberverein entschieden ab. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, erfolgte die Ausperrung. Während des ganzen Kampfes ist fast ununterbrochen verhandelt worden, entweder direkt zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen oder durch Vermittlung der staatlichen Schlichtungsbeamten. Trotzdem es während des Konfliktes vielfach den Anschein hatte, als stände der Kampf vor seinem unmittelbaren Ab-

schluß, zögerten die Gewerkschaften keinen Augenblick, die scharfsten Waffen, wie Transport- und Seelutestreich, in Anwendung zu bringen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben. Nachdem die Arbeitgeber der Metallindustrie sich gezwungen sahen, eine Lohnserhöhung von 3 % zu bewilligen, sind die Arbeitgeber nun auch den Forderungen der ungelerten Arbeiter entgegengekommen und haben solche Zugeständnisse gemacht, daß der Hauptvorstand und das Verhandlungskomitee des Verbandes der ungelerten Arbeiter mit 26 gegen 17 Stimmen den Vermittlungsvorschlag der Schlichtungsbeamten annahm. Auch der Arbeitgeberverein stimmte diesem Vorschlag zu, der auch für die Zukunft eine halbjährliche Lohnregulierung nach dem Preisindex vorsieht.

Wenn der Kampf mit solchem guten Erfolg beendet werden konnte, ist dies in erster Linie auf den Opfermut und die Kampfenislossenheit der dänischen Arbeiter zurückzuführen. Nicht nur die ausgesperrten Arbeiter haben große Opfer gebracht, sondern auch die arbeitenden Mitglieder, die durch Zahlung von Extrabeiträgen von 8 bis 12 Kronen wöchentlich die Fortsetzung des Kampfes ermöglichten. Wir wünschen unsern dänischen Kameraden von Herzen Glück zum siegreichen Ausgang ihres musterhaft geführten Kampfes.

**(308.) Die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1924.** Der Mitgliederstand der österreichischen Gewerkschaften ist im Jahre 1924 zurückgegangen. Er hat um 68 675 abgenommen und betrug Ende 1923 896 763 Mitglieder in 47 Verbänden und 8 Lokalvereinen mit 3372 Ortsgruppen, während er zu Ende 1924 828 080 in 45 Verbänden und 4 Lokalvereinen mit 3119 Ortsgruppen zählte. Dieses bedeutet eine Verminderung um 7,65 %. Von 53 Organisationen hatten 21 eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, während 32 Organisationen im Mitgliederbestand abgenommen haben. Die Ursachen dieser Erscheinung werden auf das zusammengebrochene Wirtschaftsleben der Republik zurückgeführt und die industrielle Minderfertigkeit und die Sanierungsmaßnahmen der Regierung dafür verantwortlich gemacht. Als Beweis wird auf die große Arbeitslosigkeit hingewiesen, die zu Ende des Jahres 1924 in einem Staat von 6,5 Millionen Einwohnern 188 771 gemeldete Beschäftigungslose verzeichnete. Von 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 76,94 Männer und 23,06 Frauen. Von 100 Mitgliedern waren 68,11 in Arbeiter- und 31,89 in Angestelltenverhältnissen. 53,53 % der Gesamtmitgliederzahl befanden sich in Wien, der Rest in den Provinzen. Die Zahl der Zentralverbände hat um 2 abgenommen, was auf eine Verschmelzung der Schornsteinfeger mit den Bauarbeitern und des Krankenpflegepersonals mit den öffentlichen Angestellten zurückzuführen ist.

Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften Oesterreichs betragen 14 986 214 Schilling. Diese Summe bedeutet trotz Wirtschaftskrisis und Mitgliederabgang eine Steigerung der Einnahmen um mehr als die Hälfte gegenüber dem Vorjahr. Rund 70 % der Einnahmen wurden ausgegeben. Unter den Ausgaben nehmen jene Summen, die der Unterstützung Arbeitsloser gewidmet waren, den größten Raum ein. 15,76 % der Ausgaben an Unterstützungen entfielen auf Arbeitslose. Die Unterstützung an Streikende wird im österreichischen Gesamtbericht nicht ausgewiesen. Die für Unterstützung geleisteten Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahre bedeutend gestiegen. Aber auch die Kassenbestände in den freien Gewerkschaften Oesterreichs sind stärker geworden. Betrag der Vermögensstände, nach der Kopfquote errechnet, noch im Jahre 1923 40 888 Kronen, so hat er Ende des Jahres 1924 bereits 98 392 Kronen, also mehr als eine Verdoppelung erreicht. Trotzdem bleibt das Vermögen der Gewerkschaften noch sehr hinter dem der Vorkriegszeit zurück. Der Gesamtvermögensstand der österreichischen Gewerkschaften macht Ende 1924 8 147 739 Schilling aus.

Die Fachpresse hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Sie erschien im Berichtsjahr in einer Auflage von 903 250 Exemplaren. Von den 54 Fachblättern der österreichischen Gewerkschaften werden 4 wöchentlich, 6 vierzehntägig, 18 zweimal monatlich, 21 einmal monatlich, und 5 in längeren Zeitperioden herausgegeben.

### Versammlungsanzeiger.

- Mittwoch, den 24. Juni:**  
**Guben:** Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 25. Juni:**  
**Brandenburg a. d. S.:** Abends 7½ Uhr im Volkshaus.
- Freitag, den 26. Juni:**  
**Bautzen:** Nach Feierabend in Wiltners Restaurant, An der Petrikirche. — **Coburg:** Nach Feierabend im Volkshaus. — **Gybfühnen:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Koch. — **Mathenow:** Nach Feierabend im Restaurant Fehre, Milower Straße 17.
- Sonnabend, den 27. Juni:**  
**Afen:** Abends 8 Uhr in „Stadt Hamburg“. — **Arnsvalde:** Abends 8 Uhr in „Goldenen Löwen“. — **Bergan bei Celle:** Abends 8 Uhr in Rabes Gasthof. — **Braunschw. Bezirk Wolfenbüttel:** Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Tanne“. — **Dortmund, Bezirk Datteln:** Abends 7 Uhr in der Wirtschaft von Stahlhut. — **Friedland i. M.:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus bei Wienholz. — **Sattingen-Mühl:** Abends 7 Uhr bei Kappel, Restaurant „Zum Zeppelin“, Emfchesträße. — **Nienburg a. d. W.:** Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal. — **Wanne:** Abends 7 Uhr bei Rumpmann, Schulstr. 9. — **Witten:** Abends 7 Uhr bei Feinr. Röhmeier, Ardeystr. 104.
- Sonntag, den 28. Juni:**  
**Altditting:** Vormittags 10 Uhr im Gasthaus Faltermaier in Neuditting. — **Bergan a. Nügen:** Nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Zur Weintraube“. — **Detmold:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagesche Straße. — **Oppeln:** Vormittags 10 Uhr im Lokale von Jonties. — **Uedermünde:** Bei Wilhelm Berndt. — **Uelzen:** Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Stirbetafel.**  
Mejeriq. Am 7. Mai starb unser langjähriges Mitglied, Kamerad **August Fritsch**, im Alter von 45 Jahren an Gehirngrippe und am 6. Juni starb unser Kamerad **August Hein** im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer Grippeerkrankung.  
Ehre seinem Andenken!

**Zahlstelle Frankenhausen (Kyffh.).**  
Sonnabend, den 27., und Sonntag, den 28. Juni, findet unser **25jähriges Stiftungsfest** statt. Zu dieser Feier laden wir die Kameraden aus Stadt und Land freundlichst ein.  
Der Festausich.

**Zahlstelle Hamburg und Umgegend.**  
**Versammlung**  
**Jämmtlicher Funktionäre des Verbandes** (Zahlstellenfunktionäre, Baudelegierte, Bezirkskassierer, Leitung der Lehrlingsabteilung und der Poliere) am **Donnerstag, 25. Juni**, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Hochliegendes Restaurant).  
Tagesordnung: 1. Die neuesten Vorgänge im Wirtschaftsleben und die Gewerkschaften (Referent: Kamerad **Wolgaft**). Der bevorstehende Ablauf unseres Arbeitsabkommens.  
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung darf kein Zahlstellenfunktionär fehlen.

**Versammlung**  
**der Poliere und Postengesellen der Zahlstelle** am **Montag, 29. Juni**, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal, parterre.  
Tagesordnung: Unser Verband als Interessenvertretung der Poliere und die Aufgaben der Poliere (Referent: Kamerad **Schumann**).  
Pflicht aller im Verband organisierten Poliere ist es, an dieser Versammlung teilzunehmen. Die Baudelegierten werden ersucht, die Poliere auf diese Versammlung hinzuweisen.  
[5,60 M.] **Der Vorstand.**

**Zahlstelle Hannover und Umgegend.**  
Zureisende haben sich, bevor sie sich um Arbeit bemühen, im Verbandsbureau zu melden. Umschauen ist streng verboten. Arbeit wird im Bureau oder auf dem Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe nachgewiesen. Alle Zureisenden werden ersucht, sich den Satzungen der Zahlstelle zu fügen, da sie sonst die Folgen zu tragen haben. Wenn auch die Arbeitsgelegenheit als gut anzusprechen ist, so ist die Unterfunftsmöglichkeit infolge der großen Zureise im Baugewerbe sehr schwierig.  
Der Kamerad **Ernst Grüne**, geboren am 26. Februar 1907 in Ronnenberg b. Hannover, wird hiermit ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Hannover nachzukommen. Die Kassierer, bei denen der Kamerad Grüne sich melden sollte, werden ersucht, ihm kein neues Buch auszustellen, sondern an seine Pflicht zu erinnern.  
**H. Remde**, Hannover, Nikolaisir. 7, Verbandsbureau.  
[5,70 M.]

**Zahlstelle Stettin.**  
Der Bezug nach Stettin ist fernzubalten, da infolge der Ausperrung noch nicht alle hiesigen Kameraden untergebracht werden können.  
[1,50 M.] **Der Vorstand.**

**Zahlstelle Welbert i. Rhld.**  
Am **Sonntag, 21. Juni**, findet ein **Ausflug** per Postauto Richtung Düsseldorf, per Dampfer Richtung Kaiserwerth, statt.  
Abfahrt: 7 Uhr morgens (Post Welbert).  
Rückfahrt: 8 Uhr abends.  
Am **Sonntag, 5. Juli**, morgens 9 Uhr, findet die **Quartals-Versammlung** statt.  
Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**  
[3,60 M.]

**Zahlstelle Wiersbinnen.**  
Alle zureisenden Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, beim ersten Kassierer **Johannes Lemaneyk**, Arns, Offz. Baracke 2, zu melden.  
[1,80 M.] **Der Vorstand.**  
**Gustav Hillmann**, fremder Zimmerer aus Tilsen, Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, seine Adresse an seine Mutter gelangen zu lassen. [1,50 M.]  
**Ida Hillmann**, Tilsendorf 161, Kr. Bunzlau i. Schl.

**Johann Manig**, fr. Zimmerer aus Breslau, sende **Hubert Klein**, fr. Zimmerer, Braunschweig, Wendensstraße 53, „Stadt Lüneburg“, Herberge der fremden Zimmergesellen. Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn aufmerksam zu machen. [1,80 M.]  
**2 tüchtige, jüngere, unverheiratete Zimmerpoliere** für Werkplatz und auswärtige Montage von Holzkonstruktionen zum sofortigen Eintritt gesucht. [2,40 M.]  
**Phil. Sambach, Holzbearbeitung, Abteilung: Zimmererei, Coblenz.**